Nr. 56. 16. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3273) ohne Bringegeld viertelj. M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Freitag, den 7. März 1902.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme
in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen, sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Seilerstr. 29, Hochprt. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heitmannstr. 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen. Flottbek, Othmarschen-Blankenese bei H. Braunschweig, Nienstedten.

Hierzu eine Beilage.

Holde Träume.

Frühlingsahnen prickelt und wispert in den bürgerlichen Reihen, von der nationalliberalen „Nationalzeitung“ bis zur demokratischen „Frankfurter Zeitung“.

So oft die Regierung und die Junker einen „Stuß“ mit einander haben, Mißhelligkeiten, wie sie ja unter Liebesleuten ebenso wie unter Geschäftsfremden vorkommen, regen sich wiederum in dem bürgerlichen Mauerblümchen die ach schon so oft getäuschten und eingesargten süßen Hoffnungen, und verschämt das Schürzchen streichelnd, flirtet es mit der Regierung und wirft ihr feurige Blicke zu, der nahen Stunde gewärtig, wo der Prinz die stolze Agraria abfahren läßt und das Aschenbrödel zu seiner Gemahlin kürt.

Die Hoffnung der Konservativen bei der Zolltarifkampagne, daß die „maßgebende Stelle“ vor einem Bruch mit ihnen zurückschrecken werde, sei in der letzten Zeit stark gesunken, las man in der Presse der Linken nach der Annahme des Kompromißantrages in der Zollkommission. Was man seit dem Herbst mit vieler Mühe zu verheimlichen gesucht hat, daß nämlich die „maßgebende Stelle“ den Ansprüchen der Agrarier wenig freundlich gegenüber stehe, breche jetzt allmälig durch. Eine so rosige Färbung haben die liberalen Phantasien über den Neigungswechsel der „maßgebenden Stelle“ bereits angenommen, daß die „Nationalzeitung“ versichert und zu beweisen sucht, daß die Regierung sich recht wohl auf eine demokratische Minderheit, resp. auf eine zum Theil demokratische Mehrheit stützen und eine Aenderung der politischen Lage von Grund aus versuchen könne, d. h. daß die Regierungspolitik überhaupt, nicht blos die zolltarifarische, die konservativen Bahnen verläßt und einen liberalen Kurs einschlägt. „Und der Augenblick scheint nahe zu sein“, lallt das nach Liebkosungen schmachtende Mädchen in ihren holden Träumen.

Zwischen den Zeilen der bürgerlichen Blätter, die bisher auch gegen die Tarifsätze der Vorlage in Opposition standen, kann man unschwer herauslesen, daß sie nicht abgeneigt wären, sich mit denselben zu befreunden und ihnen zuzustimmen, falls die Regierung zu besagter Schwenkung sich entschließen sollte. Diesen Preis zu zahlen für ihre Erhebung zur Regierungsfähigkeit, dürfte den Bürgerlichen um so weniger schwer fallen, als sie die Erhöhung der Zölle vorzugsweise wegen der Gefährdung der Handelsverträge, also der kapitalistischen Interessen bekämpfte, die Brot- und Lebensmittelvertheuerung für die Massen nehmen sie nicht so tragisch.

Wie leichtherzig diese Bürgerlichen sogar große opportunistische Opfer zu bringen bereit sind, zeigte im vorigen Jahre der Göppinger „Hohenstaufen“, eines der radikalsten Blätter der süddeutschen Demokratie, das allen Ernstes den Vorschlag machte, seine Partei möge mit dem Militarismus und Marinismus ihren Frieden machen, damit die Regierung das Zentrum nicht mehr nöthig habe und ihm den Laufpaß geben könne. Das Blatt fand damit zwar keine Gegenliebe in seinen Parteikreisen; was aber dagegen gesagt und geschrieben wurde, war so matt, daß man deutlich merkte, falls einmal die Frage besonders aktuell werden sollte, ließe sich wohl darüber reden.

Daß die „maßgebende Stelle“ die Nothwendigkeit der Handelsverträge anerkennt, wie behauptet wird, glauben auch wir. Daß sie aber zu einer liberal-freisinnig-demokratischen Politik sich entschließt, glauben wir so wenig wie etwa, daß Genosse Kautsky zum Professor der Nationalökonomie auf die Universität Straßburg berufen, oder daß dem Reichstag eine Vorlage zur Abrüstung gemacht wird.

Merkwürdige Käuze, diese Bürgerlichen! Wie lange ist es her, daß die Regierung vor den Kanalrebellen den Kotau gemacht hat und diese „die Treppe hinaufgeworfen“ wurden und nach kurzer Bewölkung die Huld der maßgebenden Stelle denselben in goldigem Glanze leuchtete. Noch klingt diesen bürgerlichen Utopisten das kostbare „seiner Zeit“ Bülows in den Ohren und schon wiegen sie sich wieder in neuen Illusionen und fabuliren von der Fata Morgana eines liberal-demokratischen Regierungssystems.

Aber das macht „die große Sehnsucht“, um mit Nietzsche zu reden; jene passive Sehnsucht, die nicht wie die proletarische den opfermuthigen Kampf aufnimmt um ihre Ziele, sondern demüthig im Winkel stehen bleibt, Hurrah schreit, wenn sie getreten und gestoßen wird und in schnöder Bärenhäuterei dem Zeitpunkt entgegenharrt, wo ein Wunder geschieht.

„Die Krone erblickt in den Elementen der alten feudalen Gesellschaft, deren höchster Auswuchs sie ist, ihren wahren einheimischen gesellschaftlichen Boden, während sie in der Bourgeoisie eine fremde künstliche Erde erblickt, von der sie nur getragen wird unter der Bedingung, zu verkümmern. Die berauschende Gnade Gottes verwandelt die Bourgeoisie in einen ernüchternden Rechtstitel, die Herrschaft des Blutes in die Herrschaft des Papiers, die königliche Sonne in eine bürgerliche Lampe.“ Klassische Worte aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom November 1848, die Franz Mehring vor einiger Zeit ausgrub und dazu bemerkte: Es sind keineswegs nur diese moralischen Imponderabilien, sondern auch sehr materielle Hindernisse, die der Emanzipation der Krone vom Junkerthum entgegenstehen. Ein konservativer Schriftsteller schreibt einmal: Es giebt im preußischen Staate eine Macht, die mehr zu sagen hat, als der König, und diese Macht ist das preußische Offizierkorps. Woher sich aber dieses Offizierkorps rekrutirt, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Der monarchistisch-absolutistische Instinkt hat eine gute Witterung. Als durch die Reformation die Heiligen entthront waren, fing es bald auch mit dem Glauben an den lieben Gott selbst zu hapern an.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 5. März. Die Debatte darüber, ob der Kolonial-Gesellschaft M. 30000 bewilligt werden sollen, wurde heute noch fortgesetzt. Die Summe ist auf jeden Fall für die Gesellschaft eine annehmbare Nebeneinnahme; ob aber die Ausgabe anderen Leuten irgend welchen Nutzen bringt, kann nicht festgestellt werden. Die Auskünfte, mit denen Auswanderern gedient wäre, sind meistens so privater Natur, daß eine Riesenorganisation nöthig wäre, um den Anforderungen nur einigermaßen genügen zu können. Zur Schaffung einer wirklich brauchbaren Organisation wären Millionen erforderlich. Auf der ganzen Welt müßten zuverlässige Berichterstatter vorhanden sein, die einen vollständigen Bericht über die Lage der einzelnen Gewerbe in kurzen Zwischenräumen lieferten. Die jetzt geplante Organisation ist um so bedenklicher, wenn sie etwas Anderes würde als eine Organisation zum Verbrauche von Reichsgeldern. Die deutsche Kolonialgesellschaft ist eine Korporation mit ganz bestimmten Interessen. In ihr wird hartnäckig die Ansicht vertreten, daß die afrikanischen Kolonien gute Wirthschaftsgebiete werden können. Selbst die besten Leute dieser Gesellschaft halten an dieser Marotte fest und treten dafür ein, daß immer neue Millionen in die Sümpfe und die Sandhaufen hineingeworfen werden. Gewiß ist es schon verwerflich, daß man so mit den Geldern der Steuerzahler umgeht, aber fast verbrecherisch kann es werden, wenn den Geldern auch noch Menschen nachgeworfen würden. Diese Gefahr liegt nahe, wenn man einer solchen Gesellschaft wie der Kolonialgesellschaft die amtliche Auskunft überträgt.

Die Debatte bot wenig Neues. Der bekannte baierische Bauernagitator Dr. Heim stellt zwar Deutschland als eine Art Mördergrube für Landwirthe hin, aber er glaubt doch, daß es in Baiern noch besser ist als in Afrika; deshalb will er dieses Geld sparen. Sein protestantischer Freund Raab ist entgegengesetzter Ansicht; er meint, da die Herren von der Kolonialgesellschaft schon viele Tausende nutzlos weggeworfen haben, könne man ihnen auch einmal den Reichssäckel zur Verfügung stellen. Schließlich wurde die Summe bewilligt.

Eine etwas längere Debatte knüpfte sich an einen Hauskauf. Eine Hohenzollernprinzessin ist durch Tausch in den Besitz eines Hauses in der Wilhelmstraße gekommen. Sie ist auf jeden Fall bei der Erwerbung übervortheilt. Das sieht man daran, daß sie den Besitz für besonders werthvoll hält. Es ist ein Grundstück, welches an einer Seite 22 Meter, an der anderen 19 Meter breit ist. Dieses Grundstück soll für die Unterbringung des Kolonialamts benutzt werden und deshalb wollte das Reich M. 2 800 000 dafür zahlen. Da Kenner der Verhältnisse den Preis für viel zu hoch halten, wurde der Kauf von der Budgetkommission abgelehnt. Jetzt wurde es für 2½ Millionen Mark angeboten. Die Besitzer erklären zwar, daß sie den Werth viel höher einschätzen, aber da sie doch gern an das Reich verkaufen wollen, so haben sie die M. 300 000 abgelassen. In namentlicher Abstimmung wurde dann die Summe mit 126 gegen 91 Stimmen bewilligt.

Ein kleines Intermezzo brachte der Etat für Ostafrika. Diesen Etat benutzt Arendt seit einer Reihe von Jahren, um eine Rede über den Tuckerbrief zu halten. Im vorigen Jahre flocht er in diese Rede arge Beschuldigungen gegen den verstorbenen Kolonialdirektor Dr. Kayser ein, die mit der Wahrheit in schroffem Widerspruch standen. Als Frau Kayser ihn auf die Wahrheitswidrigkeit seiner Beschuldigungen aufmerksam machte, suchte Arendt durch allerlei Ausflüchte sich zu vertheidigen. Das hatte zur Folge, daß die „Kölnische Zeitung“ einen recht groben Artikel gegen Arendt brachte, in welchem sie darauf hinwies, daß unser Genosse Bebel viel nobler gehandelt habe. Als man ihm nachwies, daß der Tuckerbrief gar nicht existire, habe er offen erklärt, er sei damit hineingefallen. Dieses Zugeständniß sei nobel; das Gegentheil von Noblesse habe Arendt an den Tag gelegt. Arendts Aerger wurde noch dadurch verschärft, daß der „Vorwärts“ diesen Artikel abdruckte und als Ueberschrift „Der olle ehrliche Arendt“ setzte. Dieser Aerger gab Arendt Anlaß zu einer Rede, in der er auch noch nicht zu einem klaren Widerruf seiner Beschuldigungen kam. Die Verklausulirungen veranlaßten Paasche, der wahrscheinlich den Artikel der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben hat, Dr. Arendt gründlich festzunageln, indem er den Passus aus der Arendt'schen Rede und die Stelle aus Kaysers Rede verlas, aus der hervorgeht, daß Arendt die Unwahrheit gesagt hat.

Eine Stockung im Bewilligen gab es wieder, als die Bahn in Ostafrika aufgerufen wurde. Dort wurde erst ein Stück Bahn gebaut, von der man erfuhr, daß sie vom Gouvernör zu Jagdausflügen benutzt wird. Geld brachte sie nicht ein. Dann wurde ein Stück weiter gebaut, wodurch wohl die Ausgaben, aber nicht die Einnahmen vergrößert wurden. Jetzt sollen wieder 44 Kilometer gebaut werden. Freilich behauptet man nicht, daß dadurch die Rentabilität der fertigen Strecke steigen wird, aber man hofft schließlich mit der Bahn auf einen Punkt zu stoßen, von wo aus Produkte verschickt werden. Das Hauptargument ist aber, daß man schon Neger im Bahnbau ausgebildet hat, die man doch weiter beschäftigen müsse. Drollig wurde die Debatte erst, als der Antisemit Bindewald das Wort ergriff und dem erstaunten Hause mittheilte, daß er in dem Bau ein Stück Mittelstandspolitik erblickt. Er glaubt, deutsche Bauernsöhne werden so dumm sein und nach Ostafrika gehen, um dort in den Malariasümpfen umzukommen. Wenn auch nicht die ganze Summe, so wurde doch ein erheblicher Theil in namentlicher Abstimmung bewilligt.

Der Seniorenkonvent des Reichstages hat am Mittwoch beschlossen, nach Erledigung der dritten Lesung des Etats, welche voraussichtlich bis zum 15. d. M. beendet sein wird, Osterferien eintreten zu lassen. Nach Vorschlag des Präsidenten werden die Ferien bis zum 15. April dauern.

Neben dem Etat wird nur noch der Gesetzentwurf, betreffend das Rothe Kreuz, vor Ostern fertiggestellt werden. Ebenso sollen die rückständigen Petitionen, welche von der Kommission als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind, durch Beschlußfassung des Reichstages erledigt werden.

Der Absicht, die Zolltarif-Kommission über die Vertagung des Reichstages hinaus und auch vor dem Wiederzusammentritt nach Ostern arbeiten zu lassen, wurde von sozialdemokratischer Seite mit dem Hinweise entgegengetreten, daß zwar gegen den früheren Beginn der Kommissionssitzungen nichts einzuwenden sei, daß aber die Unterbrechung der Kommissionsarbeiten vor Ostern gleichzeitig mit der Vertagung des Reichstages erfolgen solle. Falls der Plan nicht aufgegeben werde, könnte es leicht passiren, daß die Berathung der dritten Lesung des Etats über den 15. d. M. hinaus dauern könnte, wodurch dann auch die Mitglieder der Zolltarif-Kommission im Plenum festgehalten werden.

Als erster Gegenstand soll nach Ostern die Fortsetzung der zweiten Berathung der Seemanns-Ordnung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Kein Tag ohne Krakehl, kann es schon für die Zolltarifkommission heißen. Am Donnerstag gab die sehr viel Absicht verrathende Ungeschicklichkeit des Vorsitzenden Rettich abermals Anlaß zu einem heftigen Zusammenstoß desselben mit der Opposition. Herr Rettich ließ nämlich eine Wortmeldung Stadthagens zur Geschäftsordnung unbeachtet mit der Begründung, daß er, der Vorsitzende, in seinen Ausführungen zu einem Schlußantrage durch die Wortmeldung unterbrochen worden sei. Gegen diese Auffassung erhob die ganze Linke Protest. Darauf folgte dann wieder eine längere, zum Theil äußerst erregte Geschäftsordnungsdebatte, in welcher der Vorsitzende Rettich sich für unfähig erwies, die Verhandlungen von persönlichen Verunglimpfungen freizuhalten oder solche auch nur gebührend zu beanstanden. Das Ende vom Liede war, daß die Kommission sich schlüssig wurde, die Streitfrage bezüglich der Zulässigkeit von Schlußanträgen in Kommissionen, von Wortmeldungen zur Geschäftsordnung bei Schlußanträgen ꝛc. dem Seniorenkonvent zur Entscheidung zu unterbreiten. Präsident Graf Ballestrem weigerte sich aber, die Senioren mit den Streitfragen zu befassen und erklärte, es sei Sache der Kommission, ihre Geschäfte zu ordnen, deshalb werde er auch die Streitfragen nicht im Plenum aufrollen lassen, sondern nur dann eingreifen, wenn seitens der Kommission die Sache in den festen Formen eines Berichts an das Haus gebracht werde. Um sich nicht weiter plagen und ärgern zu müssen, haben dann Rechte und Linke folgende Vereinbarung über die strittigen Fragen (ohne Aufgeben ihres grundsätzlichen Standpunktes) für die ferneren Sitzungen getroffen: 1) Auch wenn ein Schlußantrag eingelaufen ist, muß das vor Beginn der Abstimmung über den Antrag um das Wort nachsuchende Kommissionsmitglied sofort das Wort erhalten. 2) Der Antragsteller zu einer Tarifposition hat stets das Wort zu erhalten; haben mehrere Mitglieder einen gleichen Antrag gestellt, so haben sie zu vereinbaren, wer von ihnen das Wort erhalten soll. 3) Mit dieser Maßgabe sind Schlußanträge in der Kommission zulässig. Durch diese Vereinbarung ist der in anderen Kommissionen herrschende Brauch bestätigt.

Die sachlichen Beschlüsse vom Donnerstag brachten zur Veränderung einmal eine Zollherabsetzung, nämlich die auf polirten Reis von M. 6 auf M. 4. Die Erhöhung war lediglich im Interesse einiger weniger Reisschälmühlenbesitzer vorgeschlagen worden. Es war gewissermaßen der erste Industriezoll. Das Zentrum gesellte sich dabei der Linken zu.

Zum Schluß drängte Graf Kanitz in Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär Grafen Posadowsky auf eine schnelle Erledigung des übrigen Tarifs ohne eingehende Prüfung der einzelnen Positionen, weil die Kommissionsbeschlüsse hier nur sekundäre Bedeutung hätten und Alles auf die Vertragsverhandlungen ankäme. Dieser Wunsch der Regierung und der „Mehrheit“ fand bei der Linken natürlich wenig Gegenliebe.

„Verdunkelungsmanöver“ in der Zolltariffrage werfen sich jetzt Offiziöse und Agrarier gegenseitig vor. Die offiziöse „Südd. Reichskorrespondenz“ dementirt die „Ausstreuung“, die landwirthschaftlichen Zollsätze des Entwurfes seien vom Kaiser „vorgesehen“ im Sinne einer gebundenen Marschroute für den Reichskanzler und den Bundesrath. Der Kaiser habe grade umgekehrt in den Zollfragen von vornherein eine wohlüberlegte Zurückhaltung angenommen und diese zu keinem Zeitpunkt aufgegeben, er habe dem Reichskanzler für die im föderativen Geiste bewirkte Aufstellung des Entwurfes mit den Bundesregierungen freie Hand gelassen und werde voller Befriedigung alle Ergebnisse begrüßen, die sich innerhalb der durch die Rücksicht auf die allgemeine Volkswohlfahrt gezogenen Grenzen zum Schutz der Landwirthschaft durchsetzen lassen.

Dann heißt es weiter: „Auf einem großen Irrthum beruht auch der Vorwurf, Graf v. Bülow habe unterlassen, in vertraulicher Weise die Führer der agrarischen Mehrheit davon zu verständigen, daß ein Nachgeben unmöglich sei. Das ist geschehen! Der leitende Staatsmann hat seit geraumer Zeit mit den Führern der hauptsächlichsten parlamentarischen und wirthschaftlichen Gruppen fortgesetzt persönlich Fühlung genommen. Er hat es, wie vor dem Beginn, so während der Kommissionsberathungen an thätiger Wirksamkeit für die Tarifvorlage, auf deren Zustandekommen er grade im Interesse der Landwirthschaft einen im vollen Ernst „entscheidenden“ Werth legt, nicht fehlen lassen, wenn es auch nicht seines Amtes ist, in der Kommission selbst aufzutreten, für deren Geschäftsgang den im Auftrage des Reichskanzlers abgegebenen Erklärungen der Staatssekretäre die vollständige Bedeutung eigener Erklärungen des Reichskanzlers zukommt. Nach so vielen seit Langem öffentlich und vertraulich ertheilten Aufschlüssen konnten die letzten Darlegungen der Staatssekretäre für kein Mitglied der Kommission eine Ueberraschung bilden, geschweige, daß sich daraus eine „Brüskirung“ der Reichstagsmehrheit zurecht machen ließe. Mit mehr Recht dürfte man behaupten, daß dem Grafen von Bülow nach all seinen voraufgegangenen Bemühungen der Kompromißvorschlag der Mehrheit unerwartet kommen mußte.“

Die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ stellt sich ganz erstaunt über diese Darlegung. Die Mittheilung, daß die agrarischen Führer vertraulich davon verständigt seien, daß ein Nachgeben der Regierung unmöglich sei, komme ihr „vollkommen überraschend“. Das Blatt will zwar vernommen haben, daß Graf Bülow mit einigen führenden Abgeordneten der Mehrheitsparteien vor der Posadowsky'schen Erklärung Rücksprache genommen habe; die Abgeordneten sollen aber nicht den Eindruck gewonnen haben, den die „Südd. Reichskorr.“ andeutet, sondern der Eindruck soll vielmehr derart gewesen sein, daß sie durch die unbedingte und für alle Stadien geltende Erklärung des Grafen von Posadowsky überrascht worden sind.

Die „Deutsche Tagesztg.“ stellt das fest, um ihrerseits „Verdunkelungen des Thatbestandes“ vorzubeugen. Um mehr Glauben zu finden, stellt sie sogar die aller Welt bekannte, ganz zweifellose Offiziösität der süddeutschen Korrespondenz in Frage.

Auch diese Auseinandersetzungen geben der Vermuthung Raum, daß die Agrarier nur Komödie spielen.

Die Opposition der Agrarier, sei sie auch noch so scharf und rücksichtslos, thut der Freundschaft und Zuneigung der Regierung für sie keinen Abbruch. Auch den widerhaarigsten Agrariern steht die liebevolle Hülfe der Regierung zur Verfügung. Das kann man jetzt im Wahlkreise Rastenburg-Gerdauen sehen. Der dortige konservative Kandidat v. Rautter-Kanothen ist ein Exzagrarier und Kanalfeind. Er erklärte in der ersten Wählerversammlung, in der er eine kurze Ansprache hielt, sich als Gegner der Kanalvorlage. Er werde auch künftig wieder dagegen stimmen. Er sprach sich ferner aus für den von der Regierung für unannehmbar erklärten sogenannten Kompromißantrag zum Zolltarif, ebenso für die Einführung von Ursprungszeugnissen. Gleichwohl agitirt, wie die „Freis. Ztg.“ mittheilt, der ganze Regierungsapparat für diesen Mann. Die aus Regierungsfonds subventionirte „Ostpreußische Ztg.“ in Königsberg schickt ihren Chefredaktor aus Königsberg in die Versammlungen zur Unterstützung des Redners. Herr v. Rautter selbst ist ein gar schwacher Redner und erklärt deshalb, daß er den Reden im Reichstage und Abgeordnetenhause keinen Werth beimesse, denn nach seiner Ansicht würden dieselben sämmtlich zum Fenster hinaus gehalten.

Mit dem Kellnerinnenschutz beschäftigte sich am Mittwoch die Petitionskommission des Reichstages. Es lag ihr eine Petition des Vereins Münchener Kellnerinnen vor, welche eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Kellnerinnen verlangt. Die Petentinnen fordern: 1) nach beendeter Tagesarbeit eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden; 2) obligatorischen Fortbildungs-Schulunterricht für jugendliche Kellnerinnen; 3) daß Kellnerinnen unter 16 Jahren überhaupt nicht und solche im Alter von 16—18 Jahren in der Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens nicht beschäftigt werden dürfen; 4) Ausnahmen von der gesetzlichen Ruhezeit sollen höchstens an 30 Tagen im Jahre zulässig sein; 5) gesetzliche Bestimmungen, wonach Schankwirthschaften der Aufsicht weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten unterstellt werden sollen, wenn in ihnen die Bedienung durch weibliches Personal stattfindet. Endlich fordern die Petentinnen die Einführung einer zweijährigen Lehrzeit für Kellnerinnen. — Die Kommission beschloß, über die Forderung, die Einführung der Lehrzeit betreffend, zur Tagesordnung überzugehen, die übrigen Wünsche der Petentinnen aber dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Die Brüsseler Zuckerkonferenz hielt die ursprünglich auf Donnerstag Vormittag anberaumte Schlußsitzung bereits am Mittwoch Abend ab, in der dann, wie schon berichtet, die Unterzeichnung der Konvention vollzogen wurde. Nach einem Brüsseler Telegramm der „Standard“ drückten der Vorsitzende der deutschen Delegation zur Zuckerkonferenz, Baron Wallwitz, und der der österreichischen, Graf Khevenhüller, die Ueberzeugung aus, es würde ihren Regierungen gelingen, durch Ausübung eines Druckes auf die Mitglieder des Parlaments die Vollziehung der Konvention durchzusetzen. Der Vertreter Frankreichs dagegen sei überzeugt, daß weder der gegenwärtige Ministerpräsident noch irgend einer seiner Nachfolger genügenden Einfluß besitzen werde, um der von den Vertretern der reichsten und mächtigsten Parteien bekämpften Konvention im Parlament eine Mehrheit zu verschaffen. Die Unterzeichnung der Konvention dürfte deshalb, wie eine leitende Persönlichkeit der Konferenz dem „Standard“-Korrespondenten gegenüber äußerte, nicht das Ende, sondern den Beginn der internationalen Schwierigkeiten in der Zuckerfrage bedeuten.

Daß die Zuckerfabrikanten nicht nur Frankreichs, sondern auch Deutschlands und Oesterreichs der Durchführung der Konvention jedes mögliche Hinderniß bereiten werden, ist nicht zu bezweifeln. Aber die Situation ist durch die Prämienwirthschaft so zugespitzt, daß sich die Parlamente der Nothwendigkeit der Annahme der Konvention gar nicht werden entziehen können. Daß grade ein englisches Blatt die pessimistische Auffassung lancirt, obwohl England am meisten zur Aufhebung der Prämien und zur Beseitigung der Kartellwirthschaft beigetragen hat, ist vielleicht daraus zu erklären, daß die industriellen Verbraucher des billigen ausländischen Zuckers in England die Konvention nicht eben freundlich betrachten, weil ihnen der Verbrauch vertheuert wird, wenn deutscher und österreichischer Zucker nicht mehr auf dem Weltmarkt verschleudert werden kann, wenn die Ueberlastung des Inlandkonsums unmöglich gemacht wird.

Aus Belgien. Nach der „Frankf. Ztg.“ soll ein Antrag auf Verfassungsrevision von drei Liberalen, zwei Sozialisten und dem christlichen Demokraten Debacker eingebracht werden, vermuthlich in der nächsten Woche. Der Zusammenschluß aller Parteien der Opposition macht jetzt täglich Fortschritte. Von der liberalen Presse verharrt einzig „Etoile Belge“ in bündnißfeindlicher Haltung.

Der oberste Industrie- und Arbeitsrath sprach sich nach Monate langen Debatten im Prinzip für die gesetzliche Einführung eines wöchentlichen Ruhetages aus.

Der Achtstundentag für die Bergarbeiter ist am Donnerstag im englischen Unterhause mit einer Stimme Majorität abgelehnt worden, nämlich mit 208 gegen 207 Stimmen. Der Entwurf des betr. Gesetzes wurde vor ungefähr 18 Monaten ausgearbeitet. Am 27. Februar 1901, also vor mehr als einem Jahre, wurde die zweite Lesung beantragt und mit 212 gegen 199 Stimmen beschlossen. Nichtsdestoweniger wurde in der Session 1901 nichts zur Förderung des Entwurfs gethan. Zu bemerken ist noch, daß unter seinen heftigsten Gegnern sich auch Mr. Fenwick befindet, der die Bergarbeiter von Northumberland im Parlament vertritt. Daß ein Bergarbeitervertreter den Ausschlag gegen das Gesetz gegeben hat, ist für englische Verhältnisse bezeichnend.

---

[89] (Nachdruck verboten.)

Berthold Meryan.

Roman von Cornelie Huygens.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Holländischen.

Anna war indessen von den Ausführungen ihres Schreibens an Martalis zu sehr beherrscht, als daß in diesem Augenblick eine ruhige Auseinandersetzung ihre Begeisterung hätte mäßigen können. Sie verschloß den Brief, schrieb die Adresse und entfernte sich aus dem Zimmer, um ihn sofort an Martalis besorgen zu lassen.

„Sollte sie denn gar nicht ahnen, was in Martalis vorgeht?“ fragte Denners, als er Abends mit seiner Frau allein war.

„Ich glaube es nicht und zwar um so weniger, weil er sie mit der Arbeiterkirche so enttäuscht hat. Allerdings bleibt er auch hier konsequent: Unbeugsam wie Stahl, wo es dem Prinzip gilt, und zu ehrlich, um sich auf einen Kompromiß einzulassen. Ich glaube überhaupt nicht, daß ihr Herz für irgend einen Mann schneller schlägt.“

„So . . . . . glaubst Du das? Dann hat der arme Junge allerdings schlechte Aussichten!“ sagte Denners mit großer Ruhe und setzte mitleidig hinzu: „Würdest Du ihm in dieser Beziehung bei Gelegenheit nicht einen Wink geben können? Du ersparteſt ihm dadurch eine Enttäuschung und vielleicht auch einen Korb.“

„Ich glaube es ist besser, mich nicht einzumischen. Ich kann mich ja auch irren. Am Ende wirkt die Entdeckung, daß er sie liebt, wie eine Offenbarung, die unbekannte Saiten ihres Herzens in Bewegung setzt, wer weiß! Ein junges Mädchen ist eben ein kompliziertes Wesen, das sich selbst nicht einmal begreift.“

„Du hast Recht. Wir wollen uns nicht einmischen, sondern die Sache den jungen Leuten allein überlassen. Desto schlimmer freilich für den armen Jungen, wenn er sich vielleicht Illusionen hingiebt.“

„Ich hätte sie so gern ein Paar werden sehen. Sein starker Karakter würde zu ihrem weiblichen sensitiven Naturell grade ein so gutes Gegengewicht bilden können.“

„Gewiß, allem Anscheine nach würden sie ausgezeichnet zu einander passen. Aber, offen gestanden, habe ich doch lieber, daß keiner sie uns fortnimmt. Das ewige Heirathen ist nur Unsinn. Sie soll ruhig bei uns bleiben.“

„Pfui, wie egoistisch Du bist!“

„Entdeckst Du das jetzt erst?“ gab er neckend zurück. „Alle Männer sind Egoisten. Verlange also nur nicht danach, unser armes Kind einem von diesen selbstsüchtigen Wesen anzuvertrauen!“

* * *

„Nun Anna, bist Du jetzt endlich da, und wie ist es so spät geworden!“

Mit diesen Worten begrüßte Frau Denners ihre Tochter, die eines Abends sehr spät, fast um Mitternacht nach Hause kam. Sie war mit Martalis in einer Versammlung im Haag gewesen und grade in's Wohnzimmer eingetreten . . . . . aber keineswegs lebhaft und munter, wie es sonst ihre Gewohnheit zu sein pflegte. Sie war bleich und entstellt und ging langsam auf ihre Mutter zu, der sie sich auf einmal schluchzend um den Hals warf.

„Oh, Mütterchen, wie fühle ich mich so unglücklich!“

„Was ist denn geschehen, Anna? Was hast Du nur?“ fragte sie erschreckt.

„Denke Dir, Martalis hat . . . .“ erst konnte sie nicht weiter reden . . . . . „Martalis hat mir gesagt, daß er mich liebt!“

„Und Du liebst ihn also nicht?“ . . . . Sonst würdest Du doch nicht so betrübt sein können!“

Mit diesen Worten ließ Frau Denners sie sich hinsetzen, nahm ihr den Hut ab und strich mit ihren Fingern, wie sie dies früher so oft gethan hatte, zärtlich durch das kurze Haar.

„Wie hast Du Dich aufgeregt, liebes Kind . . . . Ja, wenn Du seine Zuneigung nicht erwidern kannst, verstehe ich sehr wohl, daß dies Dich schmerzen muß. Werde aber nicht gleich so fassungslos! Mich überrascht es nicht. Da ich wohl bemerkt habe, daß er Dich liebte, war ich darauf gefaßt, daß er früher oder später es Dir sagen würde.“

„Hast Du es gewußt?“ fragte sie athemlos.

„Jawohl, es war mir ziemlich klar.“

„Hättest Du es mir doch nur gesagt, Mama, dann würde ich nicht so sehr erschrocken sein!“

„So etwas darf man nicht sagen, liebe Anna, das begreifst Du doch wohl! Aber so entsetzlich aufgeregt brauchst Du doch nun auch nicht zu sein. Es ist ja gewiß traurig, wenn man einem Manne wie Martalis gegen seinen Willen Verdruß bereiten muß . . . aber Du hast Dir selbst ja doch nichts vorzuwerfen — und damit muß Du Dich beruhigen.“

„Wie hätte ich das nur ahnen können!“ rief Anna, ihre Hände steif gegen einander pressend. „Er war nie besonders artig und liebenswürdig gegen mich . . . niemals.“

„Besonders artig und liebenswürdig zu sein . . . ist nun auch nicht grade seine Force,“ erwiderte ihre Mutter lächelnd. „Aber ich merkte es wohl an der Art und Weise, wie er Dich über viele Dinge um Deine Meinung befragte, Dich immer in Alles einweihte und mit Dir Alles besprach . . . obschon er doch sonst recht verschlossen ist.“

„Und das habe ich an ihm auch stets so sehr gewürdigt,“ sagte sie schmerzlich. „Ich fand ihn so tüchtig und so gut und so vornehm.“

„Wenn Du ihn so sehr verehrst . . . weißt Du denn auch bestimmt, daß Du ihn nie lieben wirst?“

„Ja, das weiß ich bestimmt, ganz bestimmt!“ rief Anna fast heftig, da sie fürchtete, daß der peinliche Selbstkampf, den sie vorhin an seiner Seite gekämpft hatte, wieder auf's Neue hervorbrechen würde.

„Nun gut, dann ist es ja entschieden. Sei daher auch nicht länger unglücklich! Niemand wird Dich ja zwingen.“

„Aber er war so merkwürdig, so kühl und so kurz angebunden . . . als ob wir auf einmal einander fremd geworden wären. Und doch habe ich ihn so gern . . .“ Wieder begannen ihre Lippen zu zittern.

„Was sagte er denn, Anna, und was hat Dich nur so heftig in Erregung gebracht?“

„Er sagte nur sehr wenig, eigentlich nichts . . . und das war eben so entsetzlich. Ich ersuchte ihn, mir doch wenigstens mit einem Wort zu sagen, ob er mir böse sei. Und er antwortete mir, daß er mir nicht böse sei, und daß er dazu gar kein Recht habe. Aber seine Stimme klang dabei so seltsam und so gänzlich verändert; und als er sich dann an der Tür verabschiedete, gab er mir nicht einmal die Hand . . .“

„Im ersten Augenblick war er jedenfalls zu sehr erschüttert, um recht zu überlegen und zu wissen, was er that und sagte. Wahrscheinlich hat Deine ihm erwiesene Zuneigung in ihm die Illusion hervorgerufen, daß Du seine Liebe erwiderteſt . . . und dann ein solches Erwachen aus dem Traum! . . . Aber trotz alledem mußt Du Dich nicht zu sehr dem Gefühl überlassen, denn ein Mann von großer Willenskraft wird einen solchen Schmerz wohl bald überwunden haben.“

„Oh, ich glaube auch nicht, daß es ein nichtüberwindliches Unglück für ihn ist . . .“ sagte Anna, indem sie in ihren Thränen einen Augenblick lächelte. „Ich verstehe wirklich nicht, daß er mich als seine Frau haben möchte. Es kann nur ein Irrthum von ihm sein. Aber jetzt bereitet es ihm doch augenscheinlich Verdruß, und ich möchte ihn so gern glücklich sehen und viel bei ihm sein und mit ihm arbeiten. Und nun geht es nicht mehr. Er sagt, daß es unmöglich sei.“

„Ja, das finde ich auch recht bedauerlich, zumal er sich so schwer bei Jemand heimisch fühlt. Seine einsilbige Natur macht ihn so einsam.“

(Fortsetzung folgt.)